



Am 24.8.2010 haben Astronomen der Universität Genf die Resultate ihrer sechsjährigen Messungen mit einem Teleskop der Europäischen Organisation für Astronomie ESO vorgestellt: Sie haben ein Sonnensystem entdeckt, in dem wahrscheinlich sieben Planeten kreisen; 127 Lichtjahre von der Erde entfernt im Sternbild Kleine Wasserschlange gelegen, erinnert das System an unserer eigenes Sonnensystem mit seinen acht Planeten. ©ESO

Strategische Gesamtsicht für die künftige internationale Ausrichtung der Bundespolitik zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

An seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien hat der Bundesrat sein internationales Strategiepapier für den Politikbereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) verabschiedet. Das Dokument hält fest, dass das bisherige Engagement und das Instrumentarium des Bundes zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im BFI-Bereich massgeblich zu den hervorragenden Resultaten der Schweiz im internationalen Vergleich beigetragen haben, und leitet darauf abgestützt den weiteren Handlungsbedarf für die Schweiz ab.

Einige Tage bevor der Bundesrat seine «Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation» kommuniziert hat, wartete des Bundesamt für Statistik BFS mit einer erfreulichen Meldung auf: bereits im Jahr 2008 hat die Schweiz das „Lissabon-Ziel“ der EU, bis 2010 mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung & Entwicklung zu investieren, erreicht. Neben der Schweiz erreichen oder übertreffen nur fünf weitere OECD-Länder, darunter zwei europäische, diese Marke ebenfalls: Israel, Schweden, Finnland, Japan und Südkorea. In absoluten Zahlen ausgedrückt, betragen die Schweizer Ausgaben für F&E etwas mehr als 16 Milliarden Franken, was gegenüber dem Jahr 2004 einer Steigerung um 24 % entspricht. Dabei tritt vor allem der Privatsektor als Motor von F&E auf und tätigt rund drei Viertel aller Schweizer F&E-Investitionen.

Die BFS-Zahlen zu F&E in der Schweiz fördern andere bemerkenswerte Fakten zu Tage. So hat die Schweizer Privatwirtschaft mittlerweile F&E-Tätigkeiten zu einem Wert ins Ausland verlagert, der den gesamten inländischen F&E-Ausgaben entspricht. Interessant ist weiter, dass sich die Forschung in der Schweiz mehr und mehr auf im Ausland ausgebildetes Personal abstützt.

Obwohl die Schweiz das „Lissabon-Ziel“ erreicht, hat sie im entsprechenden OECD-Ranking einen Platz verloren und liegt neu hinter Südkorea. Gleichzeitig investieren Länder ausserhalb der OECD, so u.a. China oder Brasilien, massiv, um ihren Rückstand im F&E-Bereich aufzuholen. Dagegen stagnieren die USA oder die EU vergleichsweise, obwohl sie auch künftig

noch die bedeutendsten Referenzländer und Partner für die Schweiz sein werden.

Die Konkurrenz schläft nicht

Die vorliegenden Daten illustrieren einerseits eindrücklich die Anstrengungen, die die Schweiz unternimmt, um im F&E-Bereich weltweit eines der leistungsfähigsten Länder zu sein und zu bleiben. Andererseits zeigen sie aber auch: Die Konkurrenz schläft nicht. Dies trifft auf verschiedene europäische Länder, Japan oder die USA zu, die während Jahrzehnten konkurrenzlos das Tempo bestimmten, viel stärker aber noch auf neu aufstrebende Staaten in aller Welt. Sie scheinen das 21. Jahrhundert prägen zu wollen und prägen zu können, dies aufgrund ihrer Investitionen in F&E, aufgrund ihres Reservoirs an motivierten Talenten und aufgrund ihres grossen Potenzials als Partner für wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen hat der Bundesrat eine spezifische internationale Strategie für den BFI-Bereich erarbeitet, so wie sie etwa für die Politikbereiche Wirtschaft, Entwicklung oder Aussenpolitik besteht. Die vorliegende „Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation“ ist das Resultat der Reflexionen einer 2006 ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Eidg. Departements des Innern EDI, des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements EVD und des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA. Das Mandat der Arbeitsgruppe unter der Leitung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung wurde im Laufe der Zeit angepasst. Ursprünglich lag der Fokus explizit auf der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Schweiz mit Japan und den sog. BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Weil sich diese Perspektive als zu limitiert herausstellte, weitete sie der Bundesrat auf die internationale BFI-Politik des Bundes in ihrer Gesamtheit aus.

Das Resultat ist ein Strategiebericht in drei Teilen: der erste Teil zieht eine Bilanz über die bisherige internationale BFI-Politik, der zweite Teil präzisiert die künftigen Ziele des Politikbereichs und der dritte nennt die Instrumente und Wege, mit denen die gesetzten Ziele erreicht werden sollen. Nicht erörtert sind dagegen alle Fragen und Vorschläge zur Finanzierung dieser Politik. Der Ort dafür ist auch künftig die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, die der Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet wird.

Zur Sicherstellung des Informationsaustauschs und der optimalen Nutzung von Synergien im BFI-Bereich wird eine ständige interdepartementale Arbeitsgruppe EDI, EVD und EDA geschaffen. Ihr Auftrag wird es u.a. sein, periodisch die Zielerreichung im Bereich der internationalen BFI-Politik zu überprüfen.

Positive Bilanz

Die Strategie basiert auf der Absicht, die Entwicklung eines international wettbewerbsfähigen Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystems weiterzuführen und durch die Definition von Prioritäten und klaren

Zielen nachhaltig zu stärken. In den kommenden Jahren soll sich die Schweiz global als bevorzugter Standort für BFI etablieren und ihre Exzellenz in diesen Bereichen für die Integration in den weltweiten Bildungs-, Forschungs- und Innovationsraum nützen. Sie soll sich so an der Spitze der innovativsten Länder der Welt behaupten.

Dass die bisherige Politik dazu geeignet ist, diese Ziele zu erreichen, und darum grundsätzlich weiterverfolgt werden soll, dokumentieren u.a. folgende Fakten:

- die Schweiz zählt weltweit zu den innovativsten Staaten der Welt, sie steht seit zwei Jahren an der Spitze des European Innovation Scoreboard
- bei internationalen Vergleichen zur Forschungsleistung (Scientific Papers, Zitationsindices; Daten zur Beteiligung an den Forschungsrahmenprogrammen der EU) schneidet die Schweiz hervorragend ab
- mehr als 50 % der Studierenden in der Schweiz sind an einer sog. Top-200-Universität eingeschrieben, in den USA etwa trifft das nur auf 20 % zu
- insbesondere dank des bewährten Berufsbildungssystems, an dessen Ende die Fachhochschulen stehen, zählt die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz weltweit zu den tiefsten

Mit Grund für diese Erfolge sind einige politische Prinzipien, die der Bund seit langer Zeit hochhält: die Forschungsfreiheit; die weitreichende Autonomie der Forschungsinstitutionen und des Schweizerischen Nationalfonds; die grosszügige, aber strikt kompetitive Finanzierung der Grundlagenforschung durch die öffentliche Hand gemäss dem bottom-up-Prinzip; die solide Grundfinanzierung der Hochschulen; die internationale Offenheit des BFI-Standorts Schweiz.

Schaffung idealer Rahmenbedingungen

Die Initiative zur Entwicklung von Strategien zur internationalen Netzwerkbildung und Zusammenarbeit liegt in erster Linie bei den Akteuren des BFI-Bereichs. Die Forschenden, Professorinnen und Professoren, die Studierenden, die Institutionen des Bildungs- und Forschungsbereichs und die Förderinstitutionen desselben sollen autonom über ihre Prioritäten und Ziele entscheiden.

In dieser Optik besteht die Rolle des Bundes insbesondere in der Bereitstellung geeigneter Rahmenbedingungen für internationale Initiativen der BFI-Akteure. Aus diesem Grund hat die Eidgenossenschaft in den vergangenen Jahrzehnten auf multilateraler Ebene die Mitgliedschaft der Schweiz in bedeutenden internationalen Forschungsorganisationen mit ihren Infrastrukturen (u.a. CERN, ESA, ESO) und die integrale Teilnahme der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Forschung bzw. Bildung angestrebt und erreicht.

Auf bilateraler Ebene sind die wichtigsten Partner für internationale Zusammenarbeit der Schweizer Akteure traditionellerweise solche aus europäischen Ländern oder aus den USA. Doch angesichts des Tempos der Globalisierung, der Entwicklung der Kommunikations- und Transportmittel und stattgefundener politischer Veränderungen ist es für die Schweiz wichtig, sich künftig vermehrt auch gegenüber neuen Ländern zu öffnen und sich neu aufstrebenden BFI-Standorten anzunähern. Solche befinden sich insbesondere in Asien (China, Indien, Japan oder Südkorea), aber nicht nur, wenn man an die Entwicklungen etwa in Russland, Südafrika oder auch Brasilien denkt.

Drei Prioritäten

Der Bundesrat definiert drei Prioritäten für die internationale Zusammenarbeit im BFI-Bereich und setzt die entsprechenden Ziele. Diese Prioritäten sind:

- die Stärkung und Erweiterung der internationalen Vernetzung
- die Unterstützung von Bildungsexport und Talentimport zur Stärkung des Standorts Schweiz
- die Förderung der internationalen Anerkennung

Werden die ersten zwei Prioritäten grundsätzlich schon längere Zeit verfolgt, so bezieht sich die dritte auf vergleichsweise neuere Herausforderungen: einige Bereiche des Schweizer Bildungssystems, so insbesondere die Berufsbildung und die Fachhochschulen, haben in einem gewissen Sinne ein «Image-Problem»; zudem fehlt verschiedenen kantonalen Universitäten im internationalen Umfeld der Bekanntheitsgrad, der ihnen aufgrund ihrer Qualitäten in Lehre und For-



Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Ein Charakteristikum und gleichzeitig eine Stärke des Bildungsplatzes Schweiz ist die sehr grosse Vielfalt an Bildungsangeboten auf den verschiedenen Ebenen und Stufen des Systems. Neben den öffentlichen Anbietern gibt es auch eine bedeutende Anzahl privater Institutionen, die in der Vergangenheit ihren Platz auf der Bildungslandkarte vor allem für eine ausländische Kundschaft gefunden haben und sich seither dort behaupten können.

Die Globalisierung und die wirtschaftliche und demografische Entwicklung in den Schwellenländern bringen neue Chancen für private Anbieter. Neben einem Interesse für das Anwerben von Talenten aus dem Ausland für die Schweizer Wirtschaft, welches die öffentlichen und die privaten Anbieter betrifft, gibt es auch ein Interesse für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Bildungsmarkt und -exportland insbesondere seitens der Privaten. Die Qualität der aktuellen und künftigen Anbieter spielt dabei eine wichtige Rolle, weil „Schweiz“ als „Qualitätsetikett“ im Ausland leicht benutzt und missbraucht werden kann.

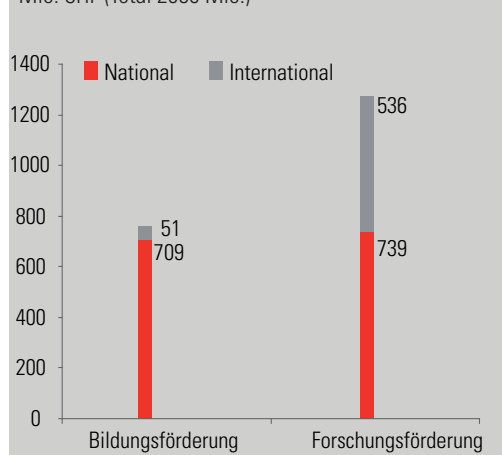
In der jüngeren Vergangenheit wurden im Bildungswesen Akkreditierungs- und Qualitätssicherungsmassnahmen aufgebaut mit den dazugehörigen Zertifizierungen. Unter diesen Massnahmen setzen die öffentlichen eine bestimmte Kompatibilität mit dem nationalen Bildungssystem voraus, was für eine ausländische Kundschaft nicht unbedingt zweckmässig ist.

Nach bewährter Schweizer Tradition hat die öffentliche Hand, der Staat, nie das Monopol in Anspruch genommen zu entscheiden, was „gut“ ist im Bildungsbereich und was „schlecht“. Die Lernenden selbst oder aber die Abnehmer von Ausgebildeten, also der Arbeitsmarkt, wissen dies besser. Dem Staat bleibt selbstverständlich die Pflicht, klare Missbräuche zu erkennen und gegen diese vorzugehen.

Im Interesse eines Bildungssystems, das innerhalb einer sich fortwährend wandelnden Gesellschaft innovativ bleibt und erneuerungsfähig, ist auch künftig ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen verlässlicher Qualitätssicherung und Akkreditierung und der bewährten, im ursprünglichen Wortsinne „liberalen“ Tradition anzustreben, wonach das Fehlen einer öffentlichrechtlichen Akkreditierung als Zeichen einer anderen, aber nicht zwangsläufig einer minderwertigen Qualität interpretiert werden soll.

Mauro Dell'Ambrogio
Staatssekretär für Bildung und Forschung

SBF-Mittel zur Förderung von Bildung und Forschung auf nationaler und internationaler Ebene 2009, Mio. CHF (Total 2050 Mio.)

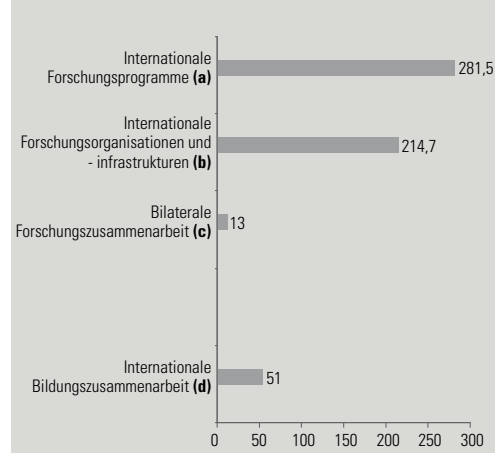


schung zustehen würde. In diesem Sinne sollen insbesondere Informationsanstrengungen unternommen werden, um das Verständnis für die Funktion der Berufsbildung und der Fachhochschulen und für ihren Stellenwert zu verbessern.

Die Schwerpunkte der internationalen BFI-Strategie sind in einer Art Dreikreise-Modell zusammengefasst:

- die europäischen Länder mit besonderer Berücksichtigung der Nachbarstaaten der Schweiz und der EU-Mitglieder
- Länder, mit denen die Schweiz gleichsam traditionellerweise gute Beziehungen im BFI-Bereich hat, darunter die OECD-Mitglieder USA, Japan, Südkorea sowie neu aufstrebende wie die erwähnten BRICS-Staaten
- verschiedene andere Länder

SBF-Mittel zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz im Bildungs- und Forschungsbereich 2009, Mio. CHF (Total = 537 Mio.)



(a) 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung COST

(b) Europäisches Laboratorium für Teilchenphysik CERN, Commission internationale pour l'exploration scientifique de la mer Méditerranée CIESM, Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie EMBL, Europäische Weltraumorganisation ESA, Europäische Organisation für Astronomie ESO, Europäische Synchrotronstrahlungsanlage ESRF, Europäische Atomgemeinschaft EURATOM, Human Frontier Science Program Organization, Institut Max von Laue-Paul Langevin ILL, Europäische Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage XFEL

(c) Bilaterale Forschungsprojekte mit Brasilien, Chile, China, Forschungsinstitutionen in der Elfenbeinküste und in Tansania, Indien, Japan, Russland, Südafrika, Südkorea

(d) Bildungs- und Jugendprogramme der EU, Stipendien für ausländische Studierende in der Schweiz, Multilaterale Organisationen und Institutionen im Bildungsbereich

Aufgrund der Prioritäten und der davon abgeleiteten Ziele sind für die internationale BFI-Politik drei Leitlinien der Zusammenarbeit mit Schwerpunktländern festgelegt:

- den Zugang zu führenden, weltweit aktiven Forschungs- und Innovationspartnern und Forschungsinfrastrukturen ermöglichen, um den Forschungs- und Innovationsstandort zu stärken

- die Stärkung der Eigenverantwortung der nationalen BFI-Akteure zur Vernetzung im internationalen Kontext insbesondere durch die Erleichterung der Mobilität (Stipendien, Austauschprogramme, Stagiaire-Abkommen, Schweizer Wissenschaftsräte und Häuser für den wissenschaftlichen Austausch *swissnex*)
- der Erhalt und Ausbau der Stärken des schweizerischen Bildungsraums: Anerkennung der Ab-

schlüsse, Erhöhung der Durchlässigkeiten zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Qualifikationswegen, Bildungsexport und Qualifikationsvergleiche

Das Instrumentarium schliesslich, das den Schweizer Akteuren die Zusammenarbeit mit den wichtigsten bilateralen Partnern erleichtern soll, umfasst folgende Komponenten:

- Staatliche Rahmenabkommen als Basis für gemeinsame Projekte und Programme und zur gegenseitigen Erleichterung der Mobilität von Studierenden, Forschenden und Lehrpersonal. Solche Abkommen bestehen mit Japan, Südkorea, den USA, Brasilien und der EU.
- Das in den vergangenen Jahren aufgebaute Netzwerk der Schweizer Wissenschaftsräte und der Häuser für den wissenschaftlichen Austausch *swissnex*. Letztere wurden an Standorten errichtet, die für die Belange Bildung, Forschung und Innovation zu den weltweit renommiertesten zählen: «Boston Area», «Silicon Valley», Singapur, Shanghai und Bangalore. Die *swissnex* und die Wissenschaftsräte haben eine Schnittstellenfunktion zwischen dem Wissenschaftsplatz Schweiz und ihrer jeweiligen Gastregion und fördern die bilateralen Beziehungen auf der Ebene der Politik, der Verwaltung und der Bildungs- und Forschungsinstitutionen.
- Spezifische bilaterale Zusammenarbeitsprogramme mit Schwerpunktländern, namentlich mit den BRICS-Staaten sowie mit Japan und Südkorea. Diese vom Bund mitfinanzierten Programme gründen auf dem Grundsatz der bestmöglichen wissenschaftlichen

Qualität und verfolgen den Aufbau nachhaltiger Netzwerke zwischen Schweizer Forschenden bzw. Hochschulen mit interessierten ausländischen Partnern.

Die Strategie weist der künftigen internationalen Ausrichtung der BFI-Politik des Bundes den Weg; die kommenden Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation werden ihn konkretisieren.

Kontakt

SBF, Mauro Moruzzi
Bereichsleiter Bilaterale Forschungszusammenarbeit
T 031 322 68 36
mauro.moruzzi@sbf.admin.ch

Download

Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation:
www.sbf.admin.ch/bfi-international-d.htm

Was vermag der Dialog zwischen Religionen und Kulturen zu bewirken? Die Tätigkeiten der EU, des Europarats und der UNESCO aus der Sicht der Wissenschaft



Die meisten haben sicher schon davon gehört, doch nur die wenigsten dürften genauer wissen, worum konkret es geht: Der sowohl von der EU als auch vom Europarat und der UNESCO propagierte interkulturelle Dialog hat eine Vielzahl von Aktivitäten und Programmen ausgelöst.

Eine soeben erschienene Studie des Zentrums Religionsforschung der Universität Luzern hat diese Tätigkeiten ein erstes Mal vergleichend wissenschaftlich untersucht. Ihr Autor, Dr. Jürgen Endres, stellte sich den Fragen von SBF-News.

Herr Endres, was ist der interkulturelle Dialog: Ein blosses Schlagwort oder ein wissenschaftlich fundiertes Konzept?

Weder noch. Den interkulturellen Dialog als blosses Schlagwort zu disqualifizieren, halte ich alleine schon wegen des breiten Spektrums der Aktivitäten, welche die Europäische Union und der Europarat in diesem Bereich heute betreiben, für unangebracht. Und selbst wenn es mittlerweile mehr denn je Bestrebungen gibt, den interkulturellen Dialog konzeptionell zu untermauern, so bleibt gleichzeitig festzuhalten, dass hinsichtlich seiner Bezeichnung, seines konkreten Inhaltes, seiner Umsetzung, seiner Reichweite und Zielsetzung gewisse konzeptionelle Defizite und auch Widersprüche existieren. Es bleibt noch viel zu tun: Sowohl auf der Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept selbst als auch bei der konkreten Projektpraxis.

Worauf führen Sie die „Entdeckung“ des interkulturellen Dialogs und seiner Propagierung durch die erwähnten internationalen Organisationen zurück?

Sicherlich müssen hierfür verschiedene Faktoren angeführt werden. Neben der zunehmenden religiösen und kulturellen Heterogenität europäischer Gesellschaften im Kontext von Migration und Globalisierung ist für Europa zudem die EU-Osterweiterung und die damit verbundene Zunahme kultureller Diversität unter dem Dach der Europäischen Union zu nennen. Die EU begegnet diesem Phänomen mit dem Slogan „Einheit in der Vielfalt“. Einen besonderen Impuls hat der interkulturelle Dialog im Übrigen durch den von

Samuel P. Huntington prognostizierten „Zusammenprall der Kulturen“ erhalten. EU und Europarat nehmen in verschiedenen Äusserungen zum interkulturellen Dialog auf Huntington Bezug und distanzieren sich von dessen zentraler These. Auch die 9/11-Attentate haben wesentlich zum verstärkten Gebrauch des Begriffs wie auch zur forcierten Umsetzung des Konzepts beigetragen.

Wie beurteilen Sie Samuel Huntingtons These des „Zusammenpralls der Kulturen“?

Samuel Huntington wurde meiner Ansicht nach für seine These zu Recht vehement kritisiert. Und dies aus den verschiedensten Gründen. Wenn sich Kulturen oder Zivilisationen im Konflikt gegenüber stehen oder diese gar, wie Huntington postuliert, gewaltsam zusammenprallen, dann liegen dem meist in erster Linie ökonomische, politische oder ideologische Widersprüche und Ursachen zu Grunde. Widersprüche und Ursachen, die dann als kulturbedingt interpretiert und dargestellt werden. Kultur, kulturelle oder religiöse Unterschiede und Zugehörigkeiten werden in diesem Sinne oftmals schlicht instrumentalisiert. Was als Kulturkonflikte interpretiert wird, ist somit vielmehr die „Kulturalisierung“ anderer Konfliktsachen.

Haben die Aktivitäten der EU und des Europarats zum interkulturellen Dialog über die Herausgabe von Erklärungen hinaus konkret etwas bewirkt?

Neben den verschiedenen Erklärungen, die von EU und Europarat zum interkulturellen Dialog verfasst wurden, sind die beiden Organisationen in den letzten Jahren verstärkt auch darum bemüht, das Konzept als politisches Instrument zu postulieren und eine breite Öffentlichkeit für den Ansatz und die Ideen zu sensibilisieren und zu interessieren. Ob dies erreicht wurde, wage ich trotz des immensen Aufwandes, der etwa im Kontext des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 betrieben wurde, zu bezweifeln. Tatsächlich aber ist es gelungen, eine Vielzahl von so genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen für ein Engagement auf dem Feld des interkulturellen und interreligiösen Dialogs zu gewinnen. Dies mag auch an den finanziellen Mitteln liegen, die für den interkulturellen Dialog sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene bereit gestellt wurden. Somit ist der interkulturelle Dialog, wenn auch noch nicht in breiten Gesellschaftsschichten, doch zumindest in etlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen angekommen.

Was kann der interkulturelle Dialog zur Lösung der wichtigsten aktuellen Gegenwartsprobleme beitragen? Wo stösst er auf Grenzen?

Der interkulturelle Dialog ist sicherlich kein gesellschaftspolitisches Allheilmittel, auch wenn er oftmals schon fast als solches dargestellt wird. Dessen ungeachtet ist der Dialog zwischen den Kulturen als wichtiges Instrument zur Bewältigung aktueller gesellschaftspolitischer Fragen und Herausforderungen anzusehen. Zum einen erfordert der Dialog, wenn er denn ehrlich gemeint ist, die grundlegende Offenheit und Bereitschaft, sich mit dem oder den „Anderen“ auseinanderzusetzen. Darüber hinaus kann er dazu beitragen, bestehende „kulturelle“ Grenzen zu überwinden und Vertrauen zu schaffen. Gerade hierbei liegt meiner Meinung nach auch die tatsächliche Bedeutung des Konzepts: dass es kein Nebeneinander von Gesellschaftsgruppen, sondern ein Miteinander im steten Dialog als Gesellschaftsform propagiert. Der interkulturelle Dialog kann darüber hinaus Wissen schaffen, Vorurteile abbauen und somit mit dazu beitragen, Fehlinterpretationen zu vermeiden. Aber natürlich hat der interkulturelle Dialog auch Grenzen. Inhaltlich stösst man an diese spätestens dann, wenn die zentrale Frage der Universalität oder Kulturbedingtheit von Werten und Normen aufgeworfen wird. Hier ist die Position beider Organisationen eindeutig. Eine kulturbedingte Relativierung zentraler Normen und Werte wie der Menschenrechte darf es nicht geben.

Handelt es sich beim interkulturellen Dialog Ihrer Meinung nach um eine zeitlich begrenzte Modeerscheinung, die – sagen wir in 10 Jahren – wieder verschwunden sein wird, oder ist eher davon auszugehen, dass das Phänomen auch in Zukunft zum festen Bestandteil der Aktivitäten internationaler Organisationen gehören wird?

Wenn wir uns die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und demographischen Prognosen betrachten, so ist davon auszugehen, dass interkulturelle Begegnungen vermehrt unseren Alltag bestimmen werden und die derzeit drängenden gesellschaftspolitischen Problemstellungen ihre Bedeutung nicht verlieren werden.

Ein Blick in die internationale Politik, in der das Paradigma des „Zusammenpralls der Kulturen“ weiterhin oftmals politikbestimmend scheint, verdeutlicht zudem die internationale Bedeutung des interkulturellen Dialogs. Von daher vermute ich, dass der interkulturelle Dialog auch in naher und mittlerer

Zukunft ein wichtige Aufgabe und ein zukunftsweisender Ansatz der internationalen Organisationen sein wird.

Welche Rolle soll Ihrer Meinung nach die Wissenschaft im Bereich des interkulturellen Dialogs wahrnehmen?

Wichtige Impulse aus der Wissenschaft könnten wohl insbesondere in konzeptioneller Hinsicht zu erwarten sein. Darüber hinaus kann die Wissenschaft die Funktion eines die Politik begleitenden, unabhängigen Korrektivs einnehmen. Vergleichende Studien, die Auswirkungen interkultureller Dialogprojekte untersuchen und damit zur Ermittlung von „best-practice“ beitragen, könnten gerade auch in Zeiten immer knapper werdender öffentlicher Haushalte einen wichtigen Beitrag leisten. Wissenschaft kann so gesehen auch ein zivilgesellschaftlicher Akteur sein, der systematisch und analytisch Umsetzungen von Dialogprojekten begleitet und evaluiert.

Kontakt

SBF, Benedikt Hauser
Wissenschaftlicher Berater Bildung
T +41 31 322 68 32

Publikation

Das Konzept des «interkulturellen Dialogs» bei Europarat, Europäischer Union und UNESCO: eine Bestandsaufnahme. Dr. Jürgen Endres, Religionswissenschaftliches Seminar Universität Luzern. SBF 2010

- Download: www.sbf.admin.ch/IK-Dialog_de.htm
- Bestellung: info@sbf.admin.ch

Das Konzept des „interkulturellen Dialogs“ bei Europarat, Europäischer Union und UNESCO: eine Bestandsaufnahme

Unter dem Stichwort des interkulturellen Dialogs haben internationale Organisationen wie die UNESCO, die EU und der Europarat in den letzten Jahren eine rege Tätigkeit entfaltet. Worin diese Aktivitäten bestehen und was man mit ihnen bezweckt, was sie konkret gebracht haben und wo sie kritisch zu hinterfragen sind, wird mit der vorliegenden Bestandsaufnahme ein erstes Mal vergleichend wissenschaftlich untersucht. Die Studie ist 2009-2010 am Zentrum Religionsforschung der Universität Luzern entstanden und wurde vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) finanziell unterstützt.

¹ Die Studie wurde vom SBF finanziell unterstützt und wurde in einer leicht gekürzten Version in der Schriftenreihe des SBF publiziert. Aus Gründen der Leserfreundlichkeit wird im folgenden der Begriff des interkulturellen Dialogs verwendet, wobei stillschweigend vorausgesetzt wird, dass damit auch der interreligiöse Dialog gemeint ist.